



Verein Forum e.V. R. Kamm, Luitpoldstr. 26 86157 Augsburg

**Herrn Landrat
Hubert Hafner**



www.atommuell-lager.de

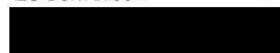
Vorstand • FORUM e.V.
Ulli Brenner
Monika Hitzler
Raimund Kamm

Kontakt • Vorstand
Raimund Kamm
Luitpoldstr. 26, 86157 Augsburg.
T. 0821 - 54 19 36 F. - 541946
vorstand@atommuell-lager.de

Kontakt • Büro



Es schreiben



Katastrophenschutzplan AKW Gundremmingen

Datum: 30. Oktober 2014

Sehr geehrter Herr Landrat Hafner,

das FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e. V. kämpft seit Jahren für eine schnellstmögliche Stilllegung der beiden Reaktoren des Atomkraftwerkes Gundremmingen und für eine wesentlich weniger gefährliche Lagerung des tödlich strahlenden Atommülls.

Nach den noch geltenden Gesetzen ist jedoch ein Weiterbetrieb des Blockes B bis Ende 2017, des Blockes C bis Ende 2021 vorgesehen. Die Auslagerung des hoch radioaktiven Abfalls ist bis zum 24. 8. 2046 vorgeschrieben. Was angesichts vielfacher Bremsen und Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Endlager in Deutschland extrem unsicher ist.

Die Verantwortlichen für den Betrieb der Kernanlagen stufen die Eintrittswahrscheinlichkeit eines atomaren Unfalls als sehr gering, aber dennoch nicht unmöglich ein. Die Ereignisse in Harrisburg 1979, in Tschernobyl 1986, in New York 2001 und zuletzt in Fukushima 2011 haben gezeigt, dass diese Großtechnologie nicht 100 Prozent sicher ist und sogar auslegungsüberschreitende Unfälle (Super-Gau) nicht auszuschließen sind. Solange diese Dauerbedrohung besteht, fordert das FORUM einen realistischen, ehrlichen und praktisch umsetzbaren Katastrophenschutzplan für die Bevölkerung in den Sektoren um das AKW Gundremmingen. Unsere Bürgerinitiative hat hierzu schon im Jahr 2003 Veranstaltungen gemacht. Heute sind unsere Sorgen noch größer. Wie aber sieht die staatliche Vorsorge für den Menschenschutz im Katastrophenfall aus?

In den Landratsämtern lagern Notfallpläne (*nach unserem Wissen als Verschlussache. Warum eigentlich als VS?*), die aber u. W. seit dem Jahr 2008 nicht mehr verbessert worden sind. Auch aus dem Störfall von Fukushima sind bis heute noch keine Schlussfolgerungen gezogen worden. Wenn mehr als drei Jahre nach dieser atomaren Großkatastrophe in einem Hochindustrieland die Pläne zum Schutz unserer Bevölkerung immer noch nicht den neuen Erkenntnissen angepasst sind, steigen bei uns die Sorgen.

Die staatliche Strahlenschutzkommission hat in ihrer Sitzung am 13./ 14. Februar 2014 auf die Ereignisse in Fukushima reagiert und vor allem darauf hingewiesen, „dass die bisher für die Planung der Evakuierung angenommenen Radien nicht geeignet erscheinen“. Sie hat empfohlen, die örtlichen Notfallpläne umgehend an die neuen Erkenntnisse anzupassen. Die Strahlenschutzkommission fordert „die Aufklärung und Information der Bevölkerung unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen zur Vermeidung möglicher sozialer Unruhen“. Diese Forderung macht sich das FORUM zu Eigen und bittet Sie als verantwortlichen Leiter der örtlichen Unteren Katastrophenschutzbehörde, hier konsequent zum Schutz der potenziell gefährdeten Menschen tätig zu werden.

Das FORUM sieht es als seine Aufgabe an, dieses Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Aber zuvor wollen wir diese Fragen mit Ihnen als dem Verantwortlichen und den Fachleuten Ihrer Behörde besprechen.

Wir laden Sie daher ein, bei einer unserer nächsten Versammlungen, genannt FORUM-Treff, hierzu Stellung zu nehmen. Wir denken dabei an einen Teilnehmerkreis von etwa 30 – 40 Personen. Gerne machen wir zusammen mit Ihnen Ort und Zeit aus. Etwa im Januar oder Februar 2015.

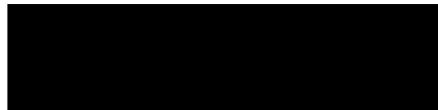
*Öffentliche Vx-
anstaltung im
DLG oder 62*

Die zu erörternden Fragen können wir vorab in einem gesonderten Termin vorbesprechen. Wir freuen uns über eine zeitnahe Antwort und bedanken uns.

Mit freundlichen Grüßen



AK Menschenschutz im
atomaren Katastrophenfall



Die drei Vorstände

Gleichlautendes Schreiben erhält Herr Ländrat Leo Schrell,



Fragenkatalog zu dem Gespräch am 18.2.2015

1. Warum sind die Katastrophenschutzpläne für das AKW Gundremmingen noch immer nicht an die Erkenntnisse „nach Fukushima“ angepasst?
2. Bis wann und wie wird die Bevölkerung über die aktualisierten Katastrophenschutzpläne informiert?
3. In welcher Form soll diese Information geschehen (Broschüre, öffentliche Informationsveranstaltung mit Fragemöglichkeit)?
4. Wie wird die Bevölkerung vom Katastrophenfall in Kenntnis gesetzt?
5. Welcher Zeitraum verbleibt für Evakuierungsmaßnahmen?
6. Welche Transportmittel werden bei der Evakuierung eingesetzt?
7. Wie wird die Evakuierung durchgesetzt bei Personen, die sich weigern, ihr Heim zu verlassen?
8. Wie erfolgt die Evakuierung von Schulen, Krankenhäusern und Altenheimen?
9. Wie und wo werden die Evakuierten untergebracht?
10. Wie wird die rechtzeitige Ausgabe von Jodtabletten koordiniert?
11. Wann und wie wird die Bevölkerung öffentlich auf die Konsequenzen zur Notfallplanung „nach Fukushima“ informiert? Unseres Erachtens wäre baldmöglichst eine breit angekündigte Informationsveranstaltung in einem entsprechend großen Saal in Dillingen oder Günzburg unter Beteiligung der Presse angezeigt.
12. Wann und wie wird der Katastrophenfall geübt? Wird hierbei die Bevölkerung mit eingebunden?

13. Was wird bei der Evakuierung mit dem Vieh?

Positionspapier zum Gespräch am 18.2.2015

Sehr geehrte Herren Landräte!

Zunächst gilt unser Dank Ihnen, dass Sie sich die Zeit nehmen für ein Gespräch zu dem hoch brisanten Thema Katastrophenschutz für das AKW Gundremmingen.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen obliegt Ihnen als den Landräten die Koordinierung vor Ort der Katastrophenschutzpläne für den hoffentlich nie eintretenden Fall des unfallbedingten Entweichens radioaktiver Strahlung aus dem AKW. Dass die dort eingesetzte Technologie höchst gefährlich ist, haben mehrere Unfälle weltweit, zuletzt in Fukushima am 11.3.2011 gezeigt.

Auf mögliche Groß Unfälle in den AKW hat der Gesetzgeber reagiert und Notfallpläne ausarbeiten lassen, die zuletzt im Fall Gundremmingen im Jahr 2008 aktualisiert worden sind. Diese haben sich aber durch das Unglück von Fukushima als zu kurz gegriffen erwiesen und sind damit überholt.

Die Strahlenschutzkommission als das zuständige Fachgremium hat in ihrer Sitzung am 13./14. Februar 2014, also bereits vor einem Jahr, darauf hingewiesen, dass Groß-Unfälle der Stufe Ines 7 damit nicht abgedeckt werden. Sie weist darauf hin, dass insbesondere die Radien der Evakuierungszonen mit Zentralzone, Mittelzone und Außenzone zu gering bemessen sind und daher dringend ausgeweitet werden müssen.

Angesichts der realistischen Gefährdungen des AKW durch einen möglichen terroristischen Absturz eines Großraumflugzeuges oder durch den Beschuss mit modernen panzerbrechenden Waffen (Urteil des OVG Schleswig vom 19. Juni 2013) muss diese Empfehlung dringend in den unteren Verwaltungsebenen umgesetzt werden. Die Strahlenschutzkommission fordert daher „die Aufklärung und Information der Bevölkerung unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen zur Vermeidung möglicher sozialer Unruhen.“

Wir, das Forum Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik, haben uns diese Forderung zu Eigen gemacht und möchten mit dem heutigen Gespräch den Anstoß zu einer raschen Revision der Notfallplanung aus dem Jahr 2008 geben. Zudem liegt uns eine emotionsfreie, aber sachgerechte Information der Bevölkerung über die Medien am Herzen, damit der Bürger aus dem Umkreis des AKW auch weiß, was auf ihn im Ernstfall zukommt.

Unabhängig von dieser Problematik bereitet uns die ungewisse Zukunft des Zwischenlagers Gundremmingen große Sorge. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass in diesem Zwischenlager mehr radioaktives Inventar als im Kernkraftwerk lagert. Der bauliche Schutz gegen terroristische Anschläge ist bei diesem Zwischenlager geringer als beim eigentlichen Kernkraftwerk. Die Gefahr eines möglichen Groß-Unfalls bleibt uns also auch nach der Beendigung der Stromproduktion im AKW im Jahr 2022 erhalten.

*erst am Ende der Castoren
wird es sicher sein*

Nach Aussagen der Bundesumweltministerin Hendrichs ist mit dem Beginn der Einlagerung der in Gundremmingen lagernden Castoren in ein erst noch zu bauendes sicheres Endlager nicht vor dem Jahr 2050 zu rechnen, mit dem Ende der Umlagerung dorthin nicht vor dem Ende des Jahrhunderts. Es ist also davon auszugehen, dass bis zu diesem Zeitpunkt in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ein „Zwischen-Endlager“ betrieben wird, obwohl die sichere Aufbewahrung der Castoren nur 40 Jahre, also bis zum Jahr 2046 nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gewährleistet und gesetzlich genehmigt ist. Diese Zeitperspektive zeigt uns, dass das Problem des Katastrophenschutzes unsere Heimat noch auf Jahrzehnte beschäftigen wird.

Die Position unseres Vereins zum Abschalten des AKW, zu den Gefahren des Zwischenlagers und zu einer regenerativen Energiepolitik ist Ihnen zur Genüge bekannt und wir werden diese weiter verfolgen. Beim heutigen Gespräch soll es allerdings um die 12 Fragen im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz gehen, die wir in unserem Brief vom 25.11.2014 aufgelistet haben.